



Haushaltsrede 2015 der FDP-Fraktion

**Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Ratsmitglieder,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,**

Vor einem Jahr hat die FDP an dieser Stelle wirtschaftliche Vernunft eingefordert. Zu diesem Zeitpunkt waren die übrigen, **seinerzeit**, politisch aktiven Ratsmitglieder noch nicht bereit diesen Weg mitzugehen.

Die Kommunalwahlen standen vor der Tür, da galt es für die übrigen Parteien andere Wahlversprechungen zu machen, auch wenn noch nicht klar erkennbar war, wie diese bezahlt werden sollten.

Die FDP hat im Wahljahr 2014 den Haushalt abgelehnt mit der Begründung, dass er einerseits zu neuen Steuererhöhungen nach der Kommunalwahl führen wird und andererseits trotz Steuererhöhung, **mittelfristig** die Haushaltssicherung ein Thema sein wird.

Die FDP hatte einen Sanierungsplan, **einen Masterplan**, von der Gemeindeverwaltung, vertreten durch den BM, für die nächste Legislaturperiode eingefordert, in dem umfassende Einsparungspotenziale den politisch Handelnden aufgezeigt werden.

Die, seinerzeit, aktiven Ratsmitglieder sahen hierfür **noch** keine Notwendigkeit und somit gab es auch keinen Auftrag an die Gemeindeverwaltung diesen aufzustellen.

Die FDP musste zwangsläufig den Haushalt 2014 als einzige Fraktion ablehnen.

Bei der **Aufstellung des Haushalts 2015**, also bereits im ersten Jahr der neuen Legislaturperiode, des neu zusammengestellten Gemeinderates, schlägt der amtierende Bürgermeister und der Kämmerer den Fraktionen des Rates vor, die Grundsteuer A und B erheblich zu erhöhen, obwohl die letzte Steuererhöhung erst zwei Jahre zurückliegt.

Die Befürchtungen der FDP Fraktion sind schneller eingetreten, als viele der politisch Handelnden es sich vorgestellt hatten.

Die Begründung der Gemeindeverwaltung, dass nur eine Steuererhöhung, den Abschmelzungsprozess des Eigenkapitals verringert sowie die magische 5,00 % Hürde (beim Verhältnis Haushaltsdefizit zum Eigenkapital) nicht überschritten wird, und wir **nur so** einer drohenden Haushaltssicherung entkommen, reichte der FDP Fraktion nicht aus.

Bei den Kommunalwahlen 2014 hat die FDP versprochen sich dafür einzusetzen, dass es keine Steuererhöhung geben soll. Auch hat sich die FDP seit Jahren immer und immer wieder für die Aufstellung eines soliden Haushalts eingesetzt.

Fünf Haushalte in Folge konnte die FDP Fraktion bisher nicht mittragen und musste diese ablehnen sowie dabei zuschauen, wie das Eigenkapital Jahr für Jahr um Millionenbeträge schrumpfte und gleichzeitig die Grundsteuern stiegen.

Im Rahmen der Kommunalwahlen hatten **die übrigen**, politisch Handelnden die Augen vor der Realität verschlossen und es kam öfters vor, dass die Erfüllung von Wünschen bei einzelnen Gruppen in der Gemeinde in Aussicht gestellt wurden, ohne vorher, über eine nachhaltige Gegenfinanzierung nachzudenken oder Sorge zu tragen.

Die bisherige Politik sollte zunächst so weitergeführt werden.

Diese bestand aus den **drei Säulen**:

- **Neuverschuldung** durch kurzfristige Kassenkredite (Girokontoüberziehung von aktuell 1 Mio. EUR)
- **Eigenkapitalabschmelzung**, da keine Anstrengungen zur Verringerung des Haushaltsdefizites vorgenommen wurden
- **Grundsteuererhöhung** zu Lasten der Einwohner

Ein bekanntes Sprichwort sagt: „**Doch die Hoffnung, stirbt zuletzt**“.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2015, hat scheinbar, innerhalb der anderen Fraktionen und auch bei den gemeinsamen Gesprächen mit allen Fraktionen, ein Umdenken stattgefunden.

Nach den Gesprächsterminen in den interfraktionellen Sitzungen mit allen Parteien, über Haushalt 2015, haben auch die anderen Fraktionen erkannt, dass **nur eine Grundsteuererhöhung nicht der richtige Weg sein kann** und das **nachhaltige Einsparungen** nicht nur im aktuellen Haushalt 2015, sondern auch für die kommenden Haushaltsjahre **erforderlich sind**.

Diese Erkenntnis ergab, zusätzlich zu den von allen Fraktionen getragenen Einsparungen für den Haushalt 2015, auch ein **interfraktionelles Bündnis**, in dem der von der FDP vorgeschlagene Antragstext in der H+F Ausschusssitzung am 15.04.2015 beraten und dem Gemeinderat in der heutigen Sitzung vom 23.04.2015, **vor Beschluss des Haushaltes 2015**, zur Genehmigung empfohlen wurde in dem der Bürgermeister und die Gemeindeverwaltung mit **dem folgendem** Auftrag zur Umsetzung verpflichtet wird:

„Die Verwaltung wird beauftragt spätestens bis zum Haushaltsplanentwurf 2016 ein Haushaltssicherungskonzept für die nächsten 10 Jahre zu erarbeiten und dem Rat zur Beratung vorzulegen, in dem die 5 % Schwelle, beim Verbrauch der Allgemeinen Rücklage, innerhalb dieses Zeitraumes nicht überschritten wird, unter Berücksichtigung, der Vermeidung einer Steuererhöhung in den nächsten Jahren sowie die Rückführung des im Jahre 2015 ausgewiesenen Defizites, bis hin zu einem ausgeglichenen Haushalt, also eine rechnerische EUR 0,00, innerhalb der nächsten 10 Jahre erreicht wird.“

„Dieses Konzept soll weiterhin beinhalten, wie eine Rückführung des bestehenden kurzfristigen Liquiditätskredites von EUR 1 Mio. bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode d. h. bis einschl. des Haushaltes 2020 (5 Jahre) erfolgen kann“.

Der Antrag wurde von allen vier Fraktionsvorsitzenden unterschrieben und zusammen in die Ratssitzung eingebracht und der Auftrag mit einer mehrheitliche Zustimmung verabschiedet.

„SOGAR DER BÜRGERMEISTER HAT DIESEM ANTRAG ZUGESTIMMT“.

Damit ist eine Steuererhöhung für das Haushaltsjahr 2015 vom Tisch.

Ein erheblicher Erfolg für die FDP.

Aber auch ein Erfolg für die Bereitschaft aller Fraktionen, dass eine überfraktionelle Zusammenarbeit machbar ist.

Vielleicht läutet dieser gemeinsame Antrag und Auftrag an den amtierenden Bürgermeister und die Gemeindeverwaltung die Wende in der Haushaltspolitik der Parteien im Havixbecker Gemeinderat ein.

Vielleicht gilt ab heute wieder:

„Eine Gemeinde darf nicht mehr ausgeben, als ihr der Bürger, das Land und der Bund, dafür zur Verfügung gestellt hat“.

Die FDP Fraktion stimmt dem eingebrachten Haushalt 2015 zu, weil:

1. Der Auftrag zur Haushaltskonsolidierung an den Bürgermeister erteilt wurde.
2. Die Haushaltssicherung (HSK) vermieden wurde, Unterschreitung der 5,00 %.
3. Die Grundsteuererhöhung nicht erforderlich wurde.

Abschließend möchten wir noch erwähnen, dass die FDP, wie viele andere Bürger auch, darauf hofft und vertraut, dass die aktuelle Landesregierung des Land NRW, **künftig**, den Gemeinden die ihr zustehenden „Schlüsselzuweisungen“ **in voller Höhe** zur Verfügung stellt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Friedbernd Krotoszynski

Fraktionsvorsitzender der FDP